



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Überlegungen des BMUKN zu Änderungen und Optimierungen des Standortauswahlverfahrens

4. Forum Endlagersuche

22. November 2025

Welchen Leitgedanken stehen hinter den Überlegungen des BMUKN?



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Ziele der Novelle:

- Minimierung der Verfahrensdauer ermöglichen
- Punkte ändern, bei denen Verbesserungsbedarf besteht

Wahrung der wesentlichen Verfahrensprinzipien:

- Partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes, selbsthinterfragendes, lernendes und vergleichendes Verfahren
- Ermittlung des Standorts mit der bestmöglichen Sicherheit

Prämissen der Änderungsvorschläge:

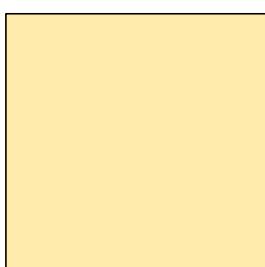
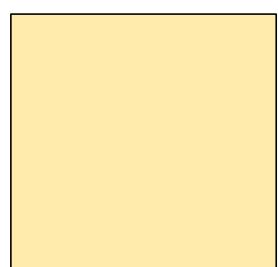
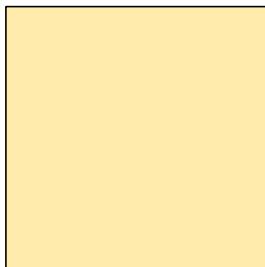
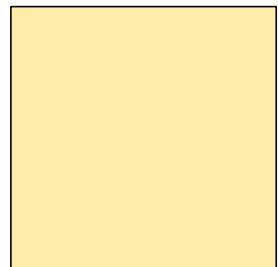
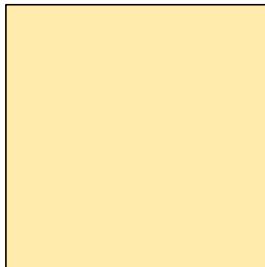
- I) Optimierung ohne Änderungen des Sicherheitsniveaus möglich
- II) Optimierung des Verfahrensablaufs ohne Abstriche bei der Beteiligung möglich

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden

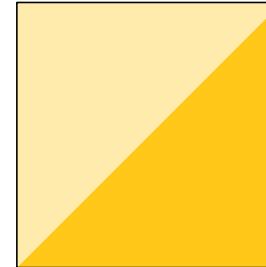


Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

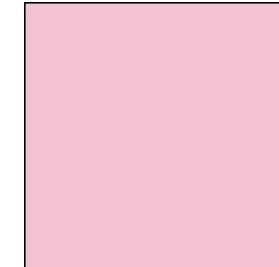
Standortauswahl-Gesetz (StandAG)



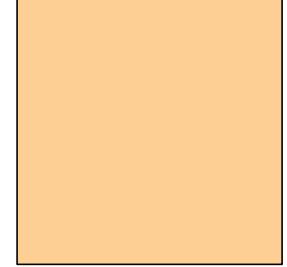
StandAG und Atomgesetz



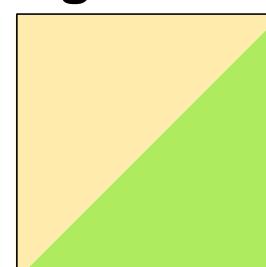
Verwaltungsgerichtsordnung



Bundesbergesetz



StandAG und Bundesnaturschutzgesetz





Ersatzlose Streichung der zeitlichen Zielvorgabe 2031 aus dem Standortauswahlgesetz

- Erläuterung in Gesetzesbegründung, dass Verfahren so zügig wie möglich durchzuführen ist

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



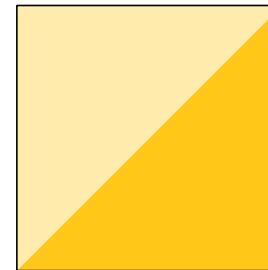
Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

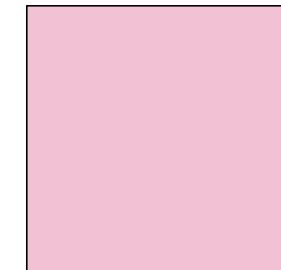
Zieljahr

NBG

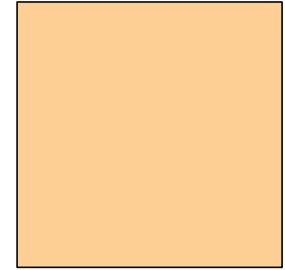
StandAG und Atomgesetz



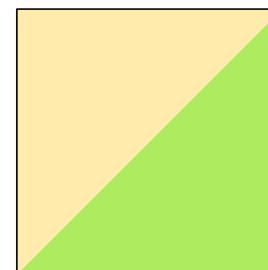
Verwaltungsgerichtsordnung



Bundesberggesetz



StandAG und Bundesnaturschutzgesetz



In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

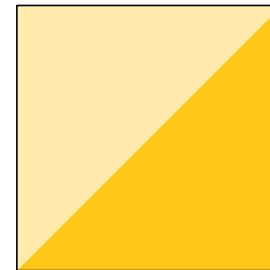
Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

Zieljahr

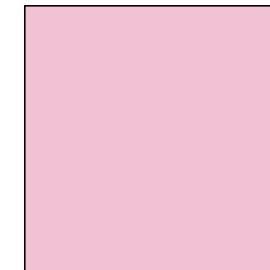
NBG

Phasen II und III

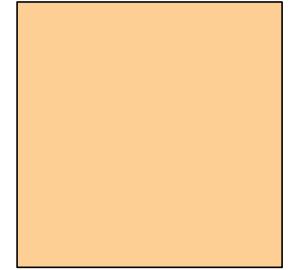
StandAG und Atomgesetz



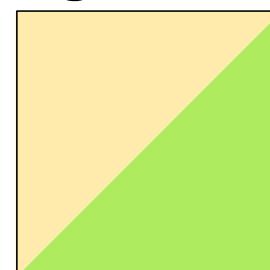
Verwaltungsgerichtsordnung



Bundesberggesetz



StandAG und Bundesnaturschutzgesetz



Derzeitige Ausgestaltung des StandAV und Impuls für Änderung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Vorschlag BGE: Zusammenlegung übertägige und untertägige [Erkundung](#)

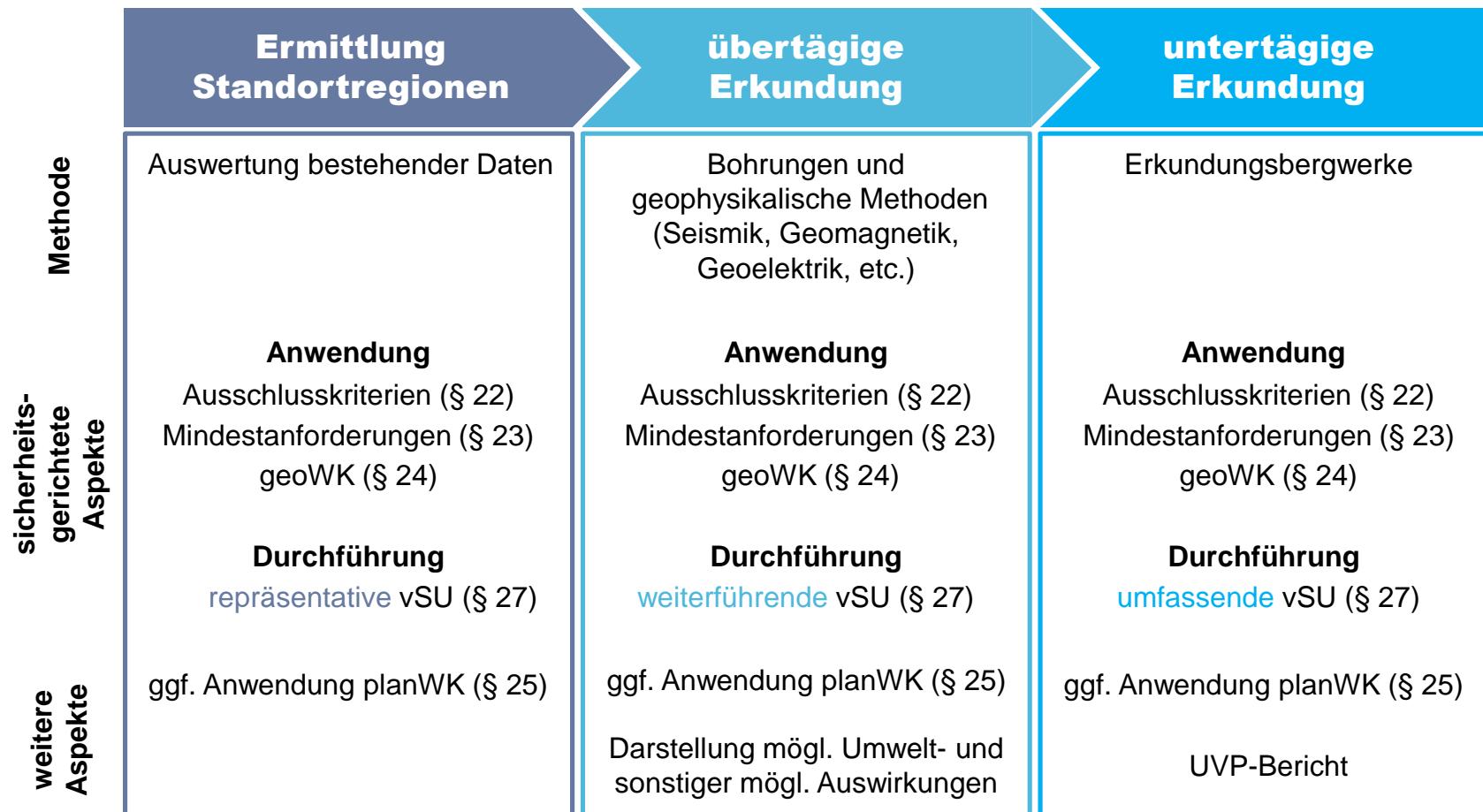
Vorschlag BASE: [Untertägige Erkundung optional](#) und nicht mehr zwingend

- ▶ Ob das aus naturwissenschaftlich-technischer Sicht möglich und sinnvoll ist, wird derzeit durch die [ESK](#) für eine [Stellungnahme](#) erörtert (vstl. bis 12/25)

Derzeitige Ausgestaltung des Standortauswahlverfahrens: Arbeiten der BGE



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



geoWK: geowissenschaftliche Abwägungskriterien

planWK: planungswissenschaftliche Abwägungskriterien

vSU: vorläufige Sicherheitsuntersuchungen

UVP: Umweltverträglichkeitsprüfung

Wie kann der Ablauf unter Wahrung der Grundprinzipien optimiert werden?



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

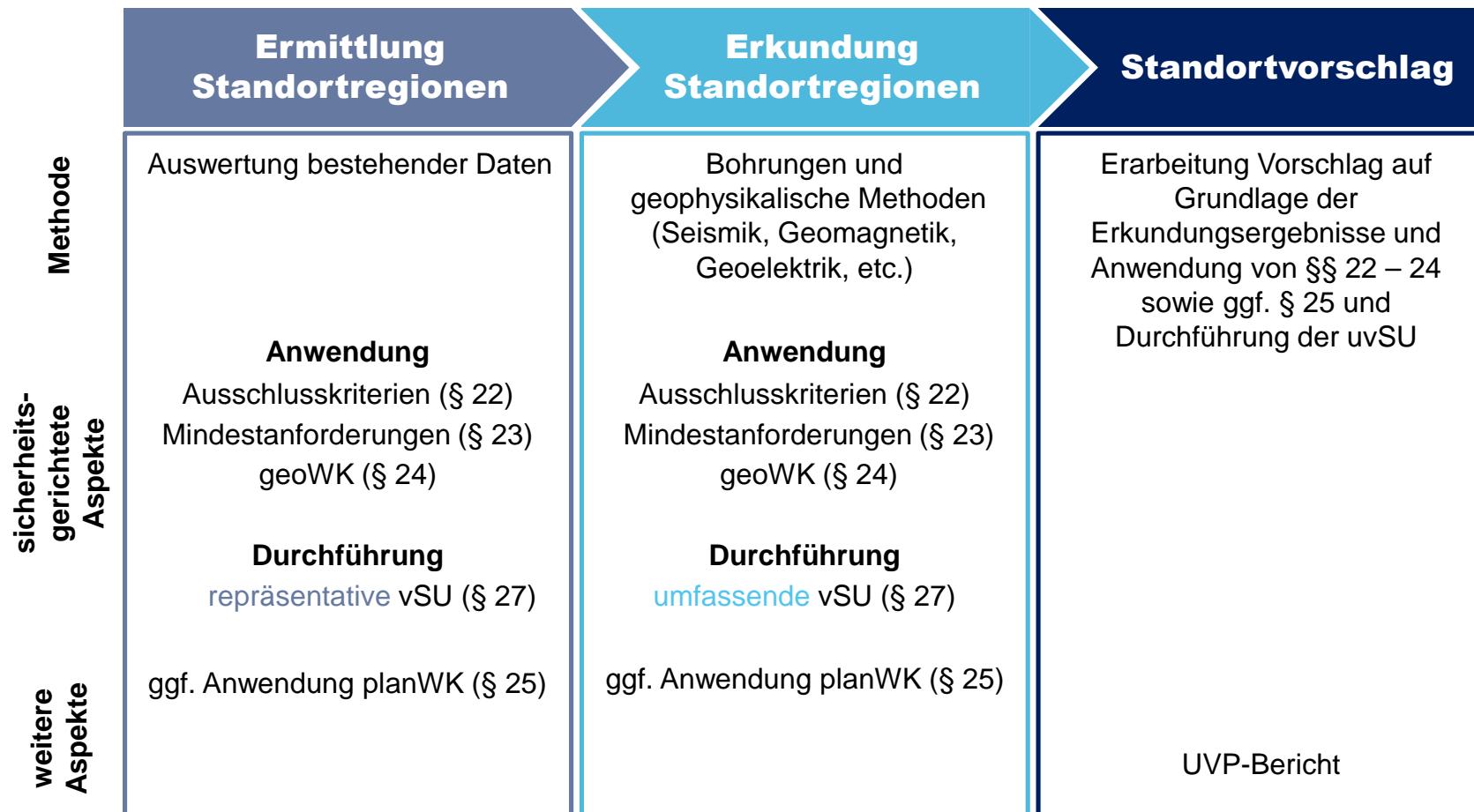
Ziel weiterhin: Standortvorschlag unter **sicherheitsgerichteten Aspekten eindeutig**

Hypothese: Dies ist auch ohne Erkundungsbergwerke möglich!

Neugestaltung, Ablauf Variante I: Hypothese wird bestätigt



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



geoWK: geowissenschaftliche Abwägungskriterien

planWK: planungswissenschaftliche Abwägungskriterien

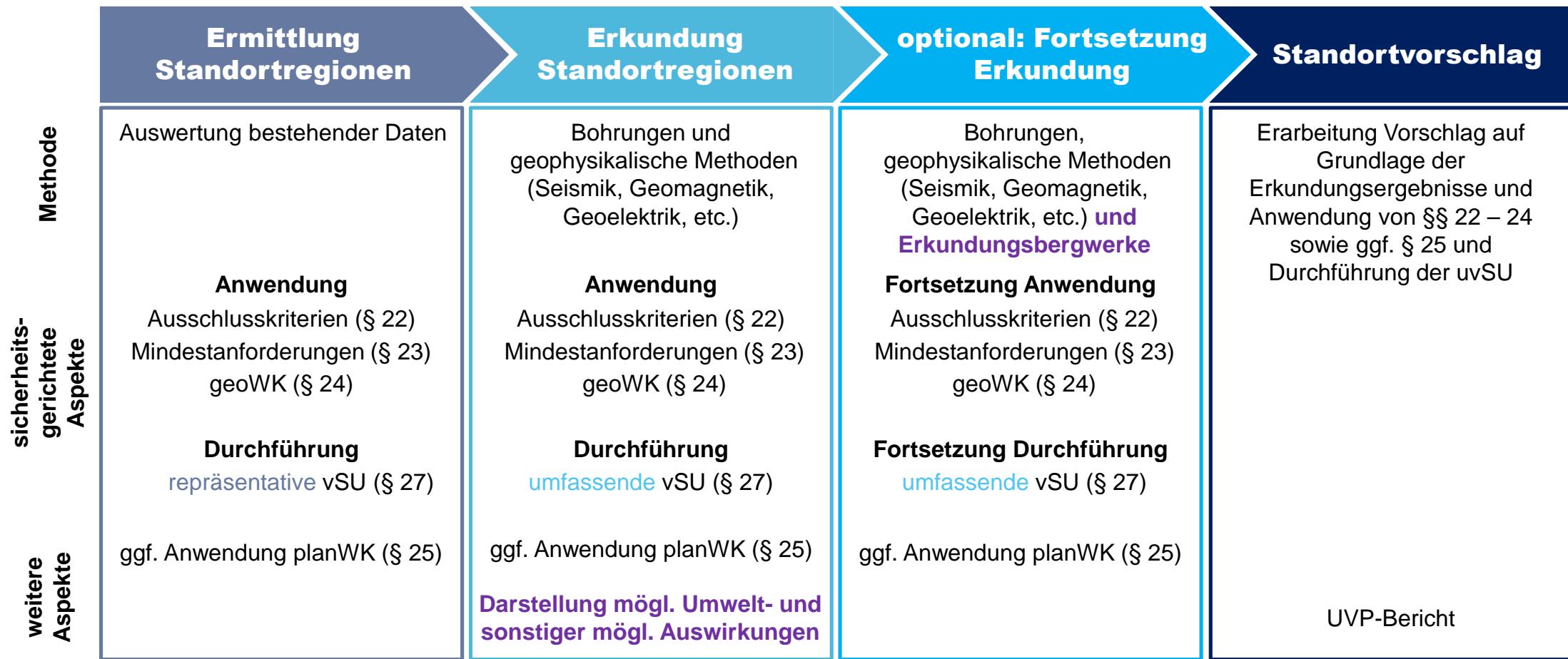
vSU: vorläufige Sicherheitsuntersuchungen

UVP: Umweltverträglichkeitsprüfung

Neugestaltung, Ablauf Variante II: Hypothese wird **nicht** bestätigt



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



geoWK: geowissenschaftliche Abwägungskriterien

planWK: planungswissenschaftliche Abwägungskriterien

vSU: vorläufige Sicherheitsuntersuchungen

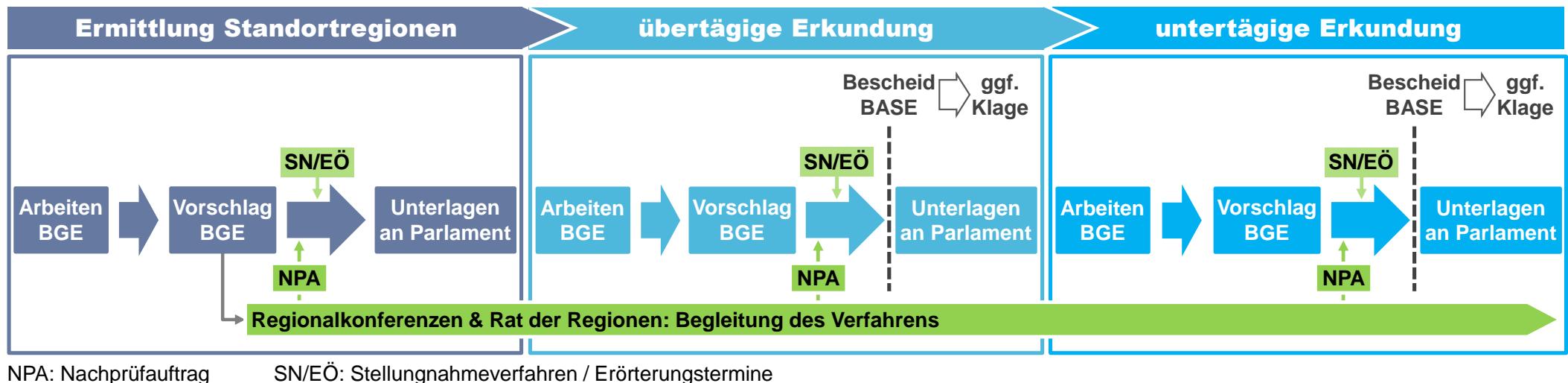
UVP: Umweltverträglichkeitsprüfung

Was würden diese Änderungen für die Beteiligung bedeuten?



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

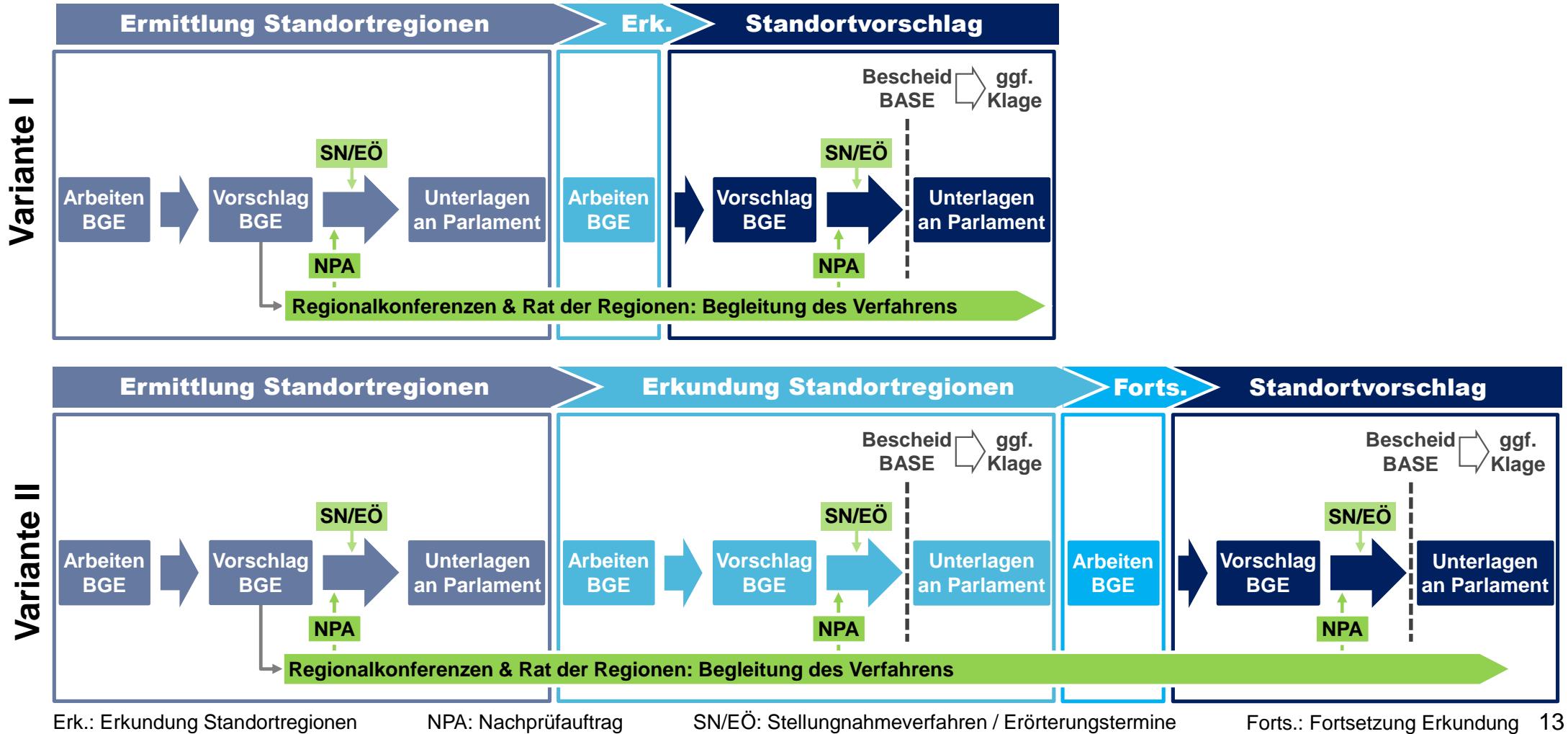
aktuelle Gestaltung des Verfahrens



Was würden diese Änderungen für die Beteiligung bedeuten?



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

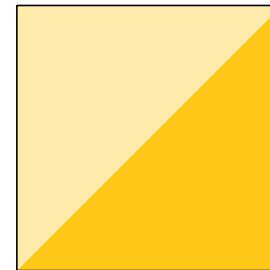
Zieljahr

NBG

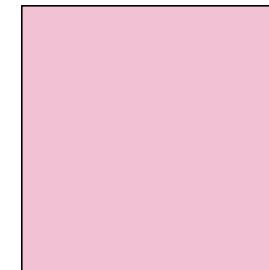
Phasen II und III

Standortsicherung

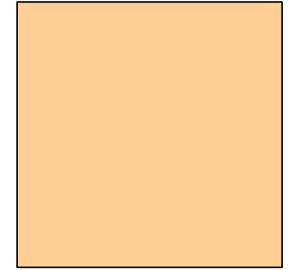
StandAG und Atomgesetz



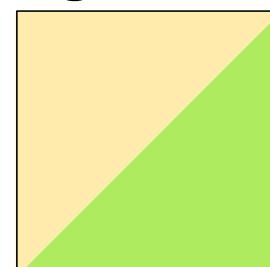
Verwaltungsgerichtsordnung



Bundesberggesetz



StandAG und Bundesnaturschutzgesetz



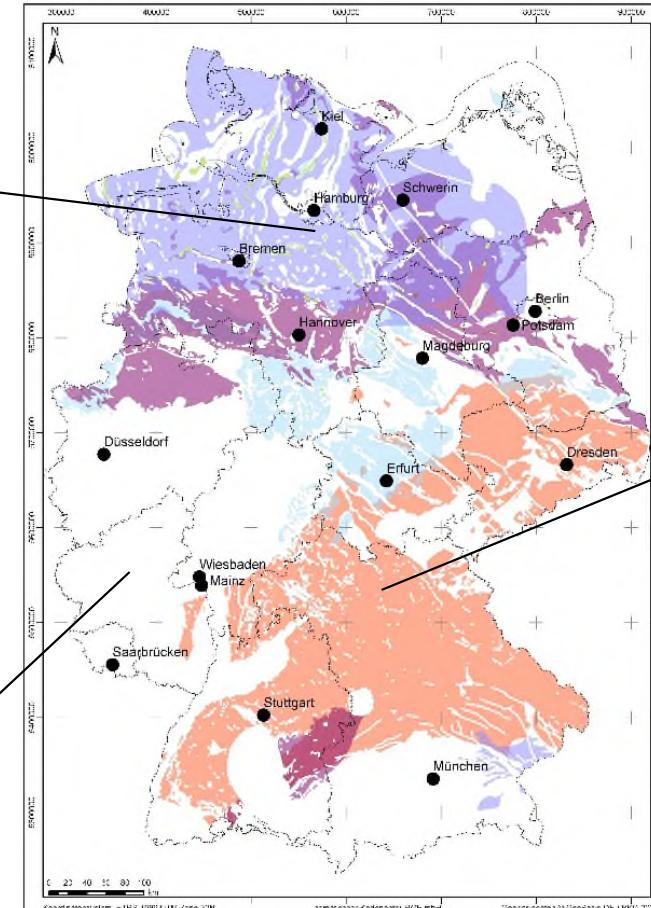
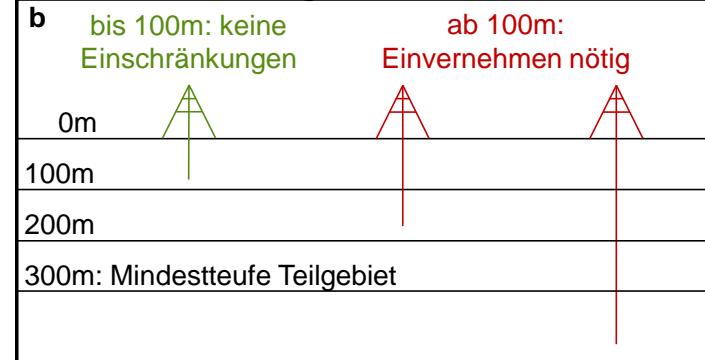
Standortsicherung – Schutz von Teilgebieten vor Veränderung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

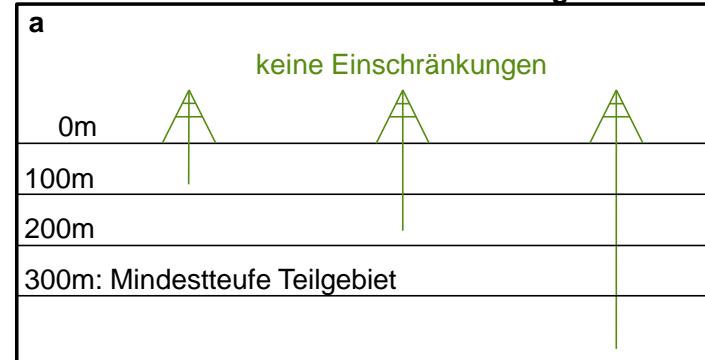
bisher

Teilgebiet / identifiziertes Gebiet – Vorschriften zur Standortsicherung



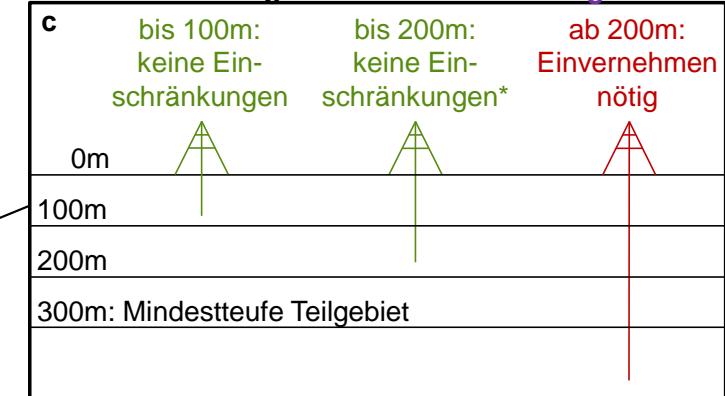
bisher

weder Teilgebiet noch identifiziertes Gebiet – keine Vorschriften zur Standortsicherung



neu

Teilgebiet – erleichterte Vorschriften zur Standortsicherung für Geothermiebohrungen



* wenn geschlossenes, vollverrohrtes System zur Gewinnung von Geothermie

Teilgebiete

- Steinsalz
- Tonstein
- kristallines Wirtsgestein

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

Zieljahr

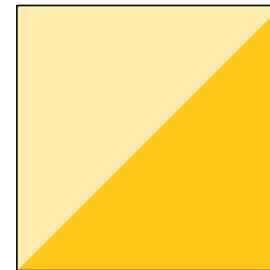
NBG

Phasen II und III

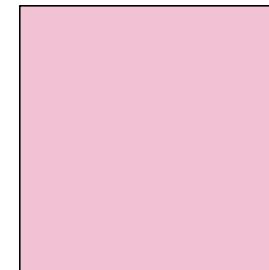
Standortsicherung

Flächenbereitstellung

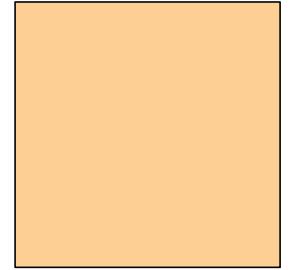
StandAG und Atomgesetz



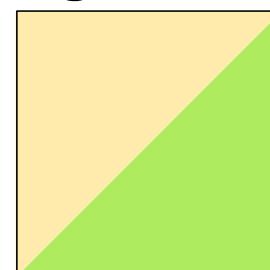
Verwaltungsgerichtsordnung



Bundesberggesetz



StandAG und Bundesnaturschutzgesetz



Flächenbereitstellung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Pflicht für die öffentliche Hand, eigene Flächen zur Verfügung zu stellen und Errichtung, Betrieb und Stilllegung von Erkundungsbohrungen zu dulden

- Orientierung an § 11a Erneuerbare-Energien-Gesetz
- Nutzung des Grundstücks darf nicht unzumutbar beeinträchtigt werden
- Angemessene Entschädigung

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

Zieljahr

NBG

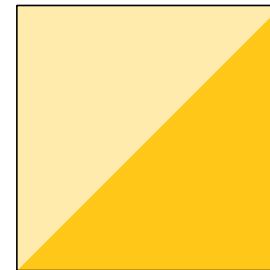
Phasen II und III

Standortsicherung

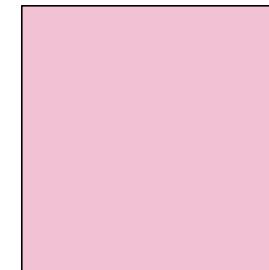
Flächenbereitstellung

Priorisierung

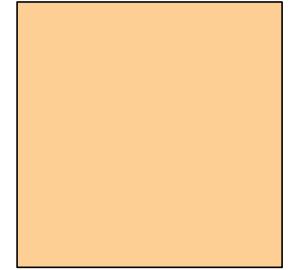
StandAG und Atomgesetz



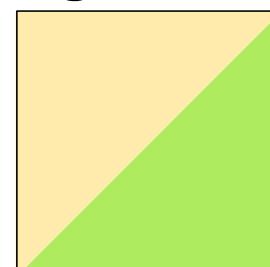
Verwaltungsgerichtsordnung



Bundesberggesetz



StandAG und Bundesnaturschutzgesetz



Priorisierung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Priorisierung des Standortauswahlverfahrens durch Feststellung im Standortauswahlgesetz, dass Standortauswahlverfahren im überragenden öffentlichen Interesse liegt

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl- Gesetz (StandAG)

Zieljahr

NBG

Phasen
II und III

Standort-
sicherung

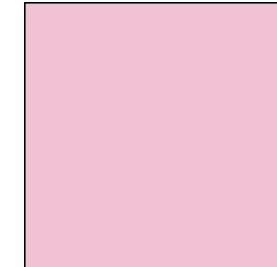
Flächen-
bereit-
stellung

Priori-
sierung

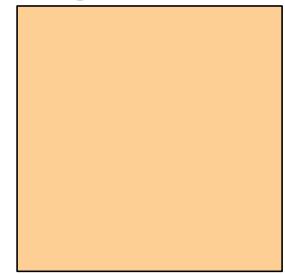
StandAG und Atomgesetz

Betretung
&
Nutzung

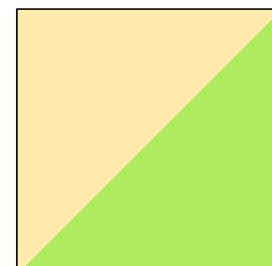
Verwaltungs- gerichtsordnung



Bundesberg- gesetz



StandAG und Bundesnaturschutz- gesetz



Betretungs- und Nutzungsrechte



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Erleichterung kurzzeitiger (seismischer) Erkundungen durch **Stärkung** des bestehenden **Betretungs- und Nutzungsrechts** im Atomgesetz

- Anpassung des bestehenden § 9f AtG
- Präzisierungen zu Bekanntmachung der beabsichtigten Arbeiten, Duldungsanordnung, Entschädigung und vorläufigem Rechtsschutz

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl- Gesetz (StandAG)

Zieljahr

NBG

Phasen
II und III

Standort-
sicherung

Flächen-
bereit-
stellung

Priori-
sierung

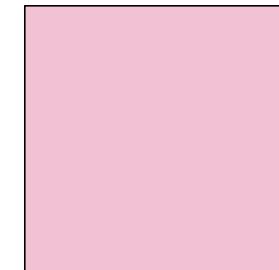
StandAG und Atomgesetz

Betretung
&
Nutzung

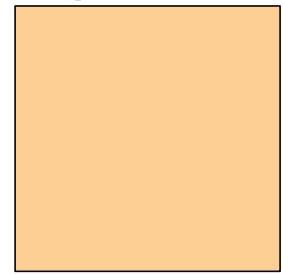
StandAG und Bundesnaturschutz- gesetz

seism.
Erkun-
dung

Verwaltungs- gerichtsordnung



Bundesberg- gesetz



Seismische Erkundung und Naturschutzrecht



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Maßgabe zur Ermöglichung der **ganzjährigen** seismischen **Erkundung** unter
bestimmten Voraussetzungen

- Regelvermutung zu §§ 39 und 44 BNatSchG, orientiert am Regierungsentwurf des Geothermie-Beschleunigungsgesetzes
- Beachtung von Voraussetzungen, um naturschutzfachliche und europarechtliche Grenzen zu wahren

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

Zieljahr

NBG

Phasen II und III

Standortsicherung

Flächenbereitstellung

Priorisierung

StandAG und Atomgesetz

Betretung & Nutzung

Verwaltungsgerichtsordnung

Zuständigkeit & Vorrang

Bundesberggesetz

StandAG und Bundesnaturschutzgesetz

seism. Erkundung

Beschleunigungen für gerichtliche Verfahren



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

- Für mit dem Standortauswahlverfahren zusammenhängende Verwaltungsverfahren sind **Oberverwaltungsgerichte / Verwaltungsgerichtshöfe** in **erster Instanz** (sachlich) zuständig
- **Vorrangige** und **beschleunigte Durchführung** von Gerichtsverfahren zum Standortauswahlverfahrens durch Änderung in der Verwaltungsgerichtsordnung

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

Zieljahr

NBG

Phasen II und III

Standortsicherung

Flächenbereitstellung

Priorisierung

StandAG und Atomgesetz

Betretung & Nutzung

Verwaltungsgerichtsordnung

Zuständigkeit & Vorrang

Bundesberggesetz

Aufsuchungserlaubnis

StandAG und Bundesnaturschutzgesetz

seism. Erkundung

Aufsuchungserlaubnis



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Keine bergrechtlichen Erlaubnisverfahren für Erkundungsmaßnahmen wie Seismik und Bohrungen.

➤ § 21 StandAG reicht aus zum Schutz vor Störungen durch andere Vorhaben

Bergrechtliche Betriebsplanpflicht bleibt unberührt

In 10 Bereichen sollen Änderungen vorgenommen werden



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Standortauswahl-Gesetz (StandAG)

Zieljahr

NBG

Phasen II und III

Standortsicherung

Flächenbereitstellung

Priorisierung

StandAG und Atomgesetz

Betretung & Nutzung

Verwaltungsgerichtsordnung

Zuständigkeit & Vorrang

Bundesberggesetz

Aufsuchungserlaubnis

StandAG und Bundesnaturschutzgesetz

seism. Erkundung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Wünschen Sie [weitere Informationen?](#)

➤ [**Vertiefung in AG 3.1:**](#)
Optimierung Standortauswahlverfahren
Ziele, Positionen, offene Fragen

Ergänzende Informationen

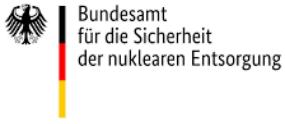


Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Wessen Impulse flossen in die Überlegungen ein?



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Hauptimpulsgeber



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Bundesanstalt für
Geowissenschaften
und Rohstoffe

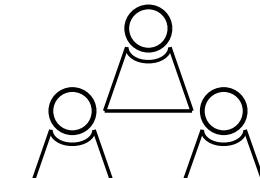


Entsorgungs-
kommission



Bundesländer

weitere Impulsgeber



Zivilgesellschaft



Exkurs: Ziele des StandAV und deren Überprüfung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

§ 1: Zweck des Gesetzes

„[...] **dauerhafte[r] Schutz** von Mensch
und Umwelt **vor** ionisierender
Strahlung und sonstigen schädlichen
Wirkungen dieser Abfälle [...]“

§ 26: Sicherheitsanforderungen

„[...] wesentliche **Grundlage** für [...]
Bewertung, ob [...] der **sichere**
Einschluss der radioaktiven Abfälle
erwartet werden kann.“

§ 27: vorläufige Sicherheitsuntersuchungen

„[...] **Bewertung, inwieweit** der **sichere**
Einschluss [...] **erwartet** werden kann.“

Bewertung des Endlagersystems
in seiner Gesamtheit

Sicherheitsanforderungen sollen Erreichen
folgender **Schutzziele** und
Sicherheitsprinzipien sicherstellen

Konzentration und **Einschluss** für
eine Million Jahre

Auswirkungen im **Ausland**
nicht größer als im **Inland**

wartungsfrei nach Verschluss

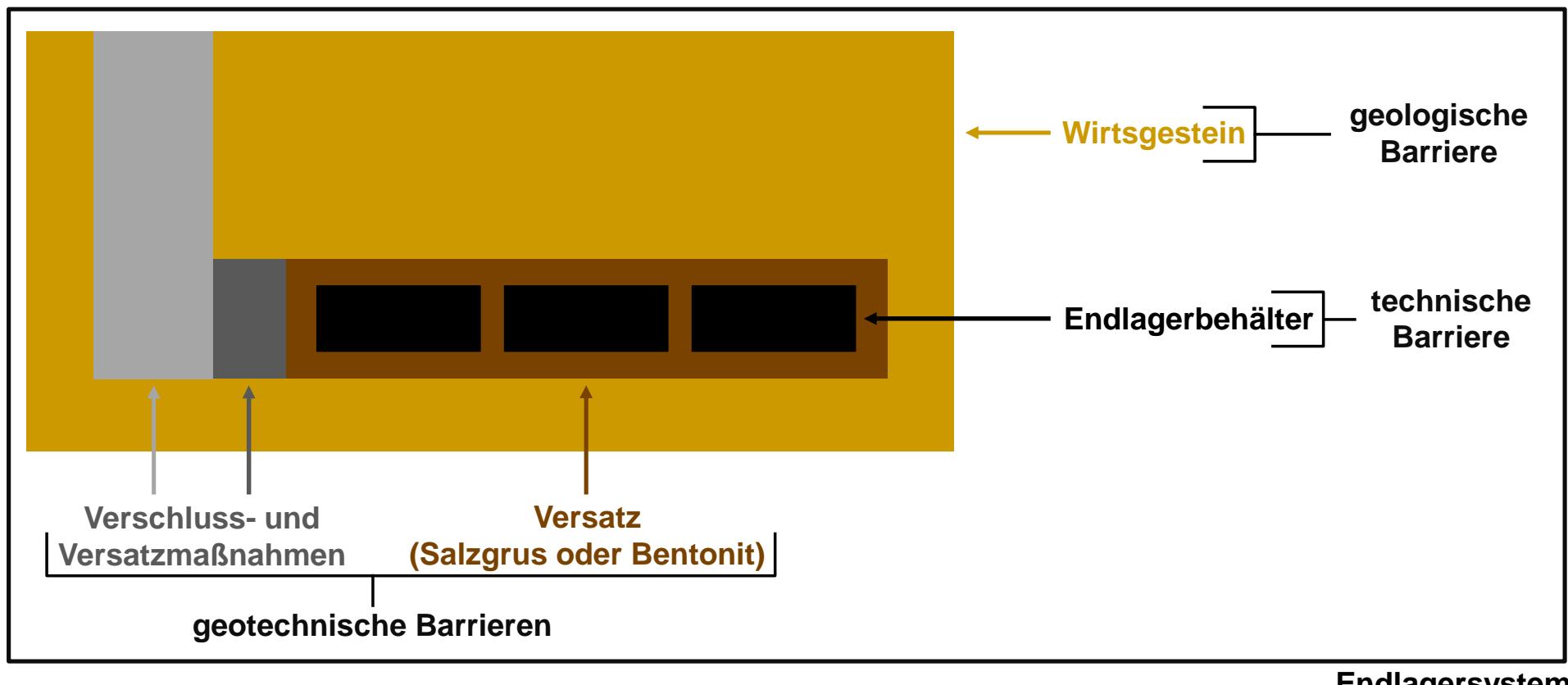
Rückholung (während Betrieb) und
Bergung (bis 500 Jahre nach Verschluss)

Exkurs: Ziele des StandAV und deren Überprüfung



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Das Endlagersystem – ein MultibARRIERensystem

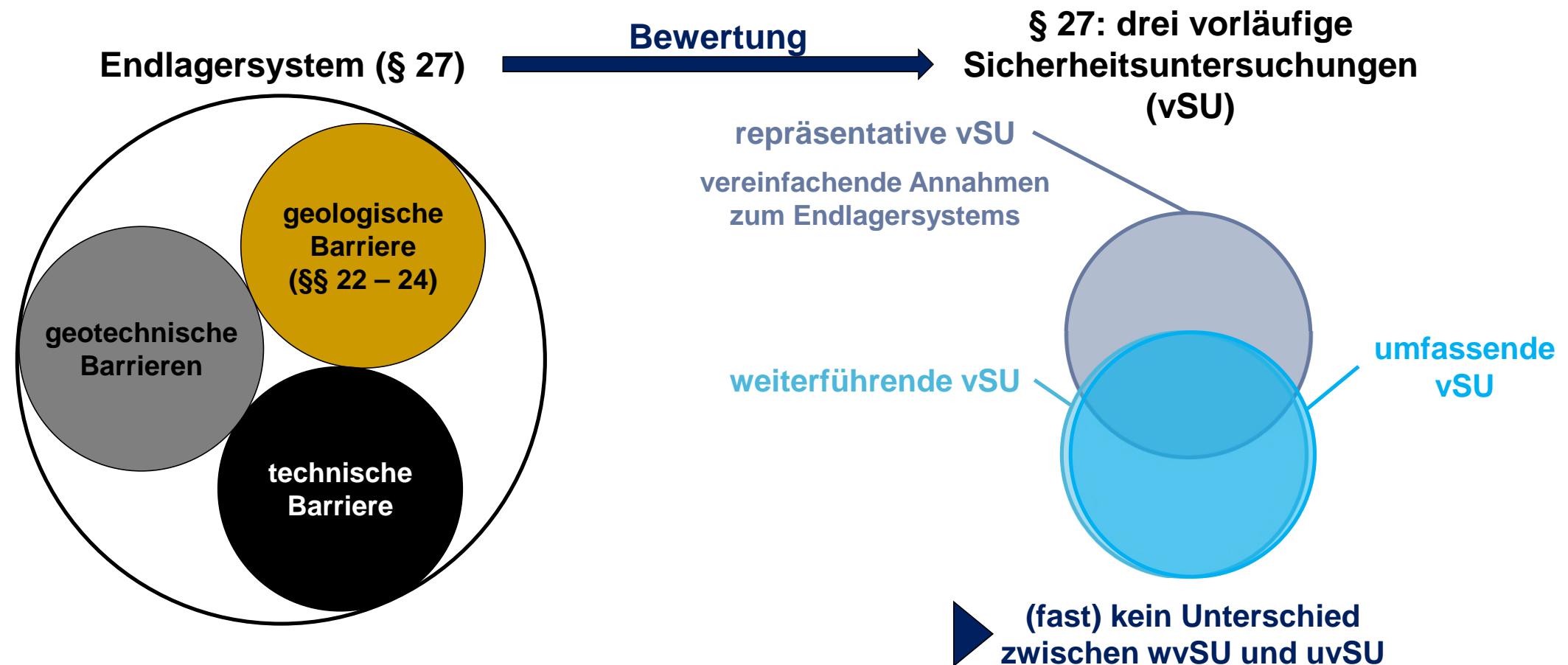


Wesentlichen Änderungen bzgl. der sicherheitsgerichteten Auswahl



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Wie wird das Endlagersystem bewertet? **Bisher:**



Wesentlichen Änderungen bzgl. der sicherheitsgerichteten Auswahl



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

uvSU wird um Aspekte der **wvSU** ergänzt: **wvSU**



- Änderung notwendig, weil: **Erkundungsbergwerke nicht mehr zwingend, sondern erkenntnisabhängig optional**
- Ergebnisabhängig wird auf die Fortsetzung der Erkundung verzichtet, **wenn** ohne Erkundungsbergwerk **eindeutiger Standortvorschlag möglich**
- **Sicherheitsniveau bleibt auch in Variante I gewahrt!**

Welche Impulse werden nicht verfolgt (Auswahl)?



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Begrenzung der Anzahl von Standortregionen

Frühzeitiges Ausscheiden von besonders zu schützenden (übertägigen) Gebieten

Integration des Genehmigungsverfahrens in das Standortauswahlverfahren

Gründung einer Bundesbergbehörde mit Zuständigkeit für die Zulassung übertägiger Erkundungsmaßnahmen